

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik J. M. Korschatz, Hoflieferant bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Anzeigen-Caril.

Annahme von Anzeigen...
Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 22.

Bezugsgebühr:

Bezugsgebühr für Dresden bei täglich...
Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.

Heuschnipfen Rhinisin
Neueste Medikation zur Bekämpfung des Heuschneiders. Prospekt gratis. Prompter Versand.
Königl. Hofapotheke Dresden u. Pillnitz.

Größtes Lager! Garten-Schläuche
Verglichene Qualitäten zu Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Haarf und Haarf gummiert.
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 25, Telefon 239.

Hochzeits- und Fest-Geschenke
Echt Norwegischen Schmuck * Kollern * Broschen etc.
Friedrich Pachtmann
Schloss-Str. Schloss-Str.

Regenschirme in grösster Auswahl empfiehlt C. A. Petschke, Wildruffer Strasse 17, Prager Strasse 47, Amalienstrasse 6.

Nr. 135. Special: Deutschland und England, Korea, Schutz vor Kraftwagen, Losproben, Gerichtsverhandlungen, Mutmaßliche Witterung: Freitag, 18. Mai 1906.

Deutschland und England Seite an Seite?

Bei Begrüßung der deutschen Gäste in London ist englischerseits die Bemerkung gefallen, man hoffe, daß, wenn Deutschland und England einmal zu kämpfen haben sollten, es Seite an Seite geschehen würde. Das ist an sich ein schöner Gedanke, denn es läßt sich nicht leugnen, daß beide Völker viel Gemeinsames haben, was einer gegenseitigen Annäherung die Wege ebnen könnte; aber es ist eben nur ein schöner Gedanke und wird es bleiben, solange England sich der Notwendigkeit verschließt, in Deutschland aufrichtig den in jeder Hinsicht ebenbürtigen Vetter zu sehen und darnach zu handeln. Allein auf dieser Grundlage aber wird es gelingen, die Spannung zu überwinden, die sich in den letzten Jahren in den Beziehungen beider Staaten entwickelt hat. Jenseits des Kanals muß man endlich aufhören, in Politik und Presse mit großen und feinen Redensarten gegen uns zu operieren; auch freundlichen Worten, wie sie bei festlichen Banketts üblich sind, kann man keine sonderliche Bedeutung beimessen, wenn ihnen die Taten nicht entsprechen. Leider stehen aber die Tatsachen der Politik und die jetzigen Londoner Freundschaftsbekundungen in schneidendem Widerspruch zueinander, und das Wort vom „Deutschland und England Seite an Seite“ erfährt eine ganz seltsame Beleuchtung, wenn man seine Blicke nach Deutsch-Südwestafrika richtet, wo noch immer unsere heldenmütigen Truppen im blutigen Kampfe stehen. Unter den vielen Schwierigkeiten, durch die unjeren Vorden dort die Niederwerfung der schwarzen Rebellen so ungewöhnlich aufstrengend und langwierig gemacht wird, steht neben schlechter Verpflegungsmöglichkeit, neben Witterungsunbilden und Geländeunlust: die englische Grenze mit ihrem Drumm und Dran. Es würde viel zur Klärung der Lage zwischen Deutschland und England beitragen, wenn man sich diesbezüglich wie jenseits des Kanals in aller ungeschminkten Offenheit endlich darüber klar werden wollte, daß in Südwestafrika England in gewissem Sinne Krieg gegen uns führt. Es ist eine durch unzählige Beispiele erhärtete Tatsache, daß man von der englischen Kapkolonie aus — ob absichtlich oder unabsichtlich, sei dahingestellt — den Aufstand in unserem Schutzgebiete ganz ausgeprägtermaßen begünstigt. Dabei wird der sonderbare Standpunkt vertreten, daß die ausländischen Eingeborenen unserer Kolonie als kriegsführende Macht anzuerkennen seien. Wo bleibt da die Solidarität der weißen Herrscherklasse in Afrika, wo die gute Nachbarschaft? Wir möchten nicht den Sturm der Entrüstung erleben, der in England gegen uns losbräche, wenn wir in ähnlicher Lage Gleiches mit Gleichem vergelten wollten, was doch so nahe läge. ... Aber ganz abgesehen von dieser englischen Unfreundlichkeit gegen Deutschland — was soll man dazu sagen, wenn die Kapkolonie, die sich für neutral erklärt hat, so und so oft diese Neutralität dadurch gebrochen hat, daß sie den Aufständigen fast unbehelligt den Grenzwechsel auf englisches Gebiet gestattet und sie damit eine willkommene Operationsbasis gegen die deutschen Truppen etablieren ließ? Diese Politik mit doppeltem Boden haben unsere Vorden Vettern zu entschuldigen gesucht, indem sie mit allen Mitteln sophistischer Dialektik zu beweisen trachteten, daß sie im eigenen Interesse nicht anders handeln könnten: man würde einen Aufbruch im eigenen Lande heraufbeschwören, wenn man die auf englisches Gebiet übergetretenen Rebellen rigoros behandeln wollte; außerdem sei es ganz unmöglich, die langausgedehnte Grenze mit den wenigen Polizeisoldaten genügend zu überwachen und was dergleichen Aufschüchtlungen mehr sind. Was England mit diesem heuchlerischen Doppelspiel erreichen will, ist ja klar: uns soll die Freude an den Kolonien möglichst vergällt werden durch allerlei Schwierigkeiten, die uns große Opfer an Gut und Blut kosten, damit — so hat es noch jüngst ein englisches Blatt in wohlthuender Aufmerksamkeit ausgesprochen — unsere Kolonien vielleicht doch noch einmal „lauffrei“ für Großbritannien werden. Man hat ja Sanibar einst so leicht bekommen! Aber hoffentlich werden unsere lieben Vettern niemals in diesem Sinne urteilen, sondern in einem anderen, der ihnen weniger angenehm sein dürfte. Schon erhebt in Englisch-Südwestafrika der Aufbruch der Eingeborenen an allen Ecken und Enden leise sein Haupt. In Natal, im Nataland flodert er empor und kann früher als man denkt zu einem wilden Brande werden, der England eine harte Nuß zu kneten ausgeben würde. Man hätte sich angeichts dessen in London schon längst ernsthaft fragen sollen, welche verhängnisvolle Wirkung es auf die Schwarzen ausüben muß, wenn sie sehen, wie die Weißen nicht einmal gegenüber den schwarzen Eingeborenen zusammenhalten. Falls es, was nicht ausgeschlossen ist, in Englisch-Südwestafrika über kurz oder lang zu einem allgemeinen Aufstand der Schwarzen kommen sollte, so mag sich England an seine Brust schlagen: was es an uns gefährdet, wird sich an seinem eigenen Leibe anerkennlich rächen. Uns hat die Begünstigung der Aufständigen schon unzählig viel an autem deutschen Blut und Geld gekostet, und man kann den schneidigen Hauptmann Wech zur beglückwünschen, wenn er angesichts dieses Umstandes und

der Untätigkeit der Kapkolonie bei der Verfolgung des Rebellenführers Morenga einfach die englische Grenze überschritt und den Gegner auf fremdem Boden auf Haupt schlug.

Kein billiger denkender Mann kann es ihm verzeihen, daß er den gefährlichen, seit Monaten schon vergeblich geachteten Räuberhauptmann Morenga angreift, wo er ihn traf, selbst auf fremdem neutralen Boden, besonders angesichts der Tatsache, daß gerade die Engländer ihre international anerkannte Pflicht, die militärische Anschlägsmachung der auf ihr Gebiet übertretenden Rebellen sofort zu bewirken, nicht erfüllt hatten. Ob sie es nicht konnten, oder ob sie nicht wollten, ist dabei völlig gleichgültig. Wenn Hauptmann Wech von der Reichsregierung wegen der „Grenzverletzung“ formell geladet oder gar bestraft werden sollte, so darf andererseits die öffentliche Meinung Deutschlands hoffen, daß der vielleicht aus höheren Rücksichten notwendigen Strafe die gerechte Belohnung auf dem Fuße folgen möge, denn Hauptmann Wech hat in einer schwierigen Situation, die einen tapferen und verantwortungsvollen Entschluß erforderte, gehalten, wie man es von einem deutschen Offizier gewohnt ist, und dafür gebührt ihm Anerkennung. Bismarck hat einmal in prophetischem Geiste ausgesprochen, daß Südwestafrika das Grab der englischen Herrschaft werden wird. Wer eine feine Bitterung hat, kann aus manchen Anzeichen merken, daß England auf dem besten Wege dazu ist. Der überpannte, strapellose Egoismus, den es in seiner Weltpolitik verfolgt, steht zwar augenblicklich noch in seiner schönsten Blüte und trägt ungetrübte Früchte, aber schon zeigt sich, daß man endlich anfängt, Albion zu erkennen. In Japan und Frankreich, von denen England sich in ganz bewundernswürdiger Weise die Ostasien aus dem Feuer hat holen lassen oder holen lassen will, beginnt man je länger, je mehr mitzutrauen zu werden. Ein bezeichnendes Beispiel dafür bietet die Art und Weise, wie ein Teil der französischen Presse die neuliche Abstrümpfung hatte im englischen Unterhaus kritisiert. Das heuchlerische Spiel der englischen Politik, die unter dem Vorwande humaner Absichten schließlich nur erzwungen will, daß Deutschland in seinen für England unbehaglichen Nistungen behindert werde, wird besonders im Pariser „Clair“ schonungslos entlarvt. Dort heißt es: „England ... hat den äußersten Osten durch sein japanisches Bündnis in Händen; es glaubt, Europa durch sein Eingreifen mit Frankreich zu behaupten; es hat Italien hinreichend vom Dreibunde losgelöst, um im Falle eines allgemeinen Konfliktes darüber verfügen zu können; es läßt sich zurzeit teuer für das Geld bezahlen, das wir Russland vorgestreckt haben. Eben heute steht es in einer Frage des puresten Imperialismus seinen Triumpf über die Türkei. Die Spitze dieser kugeln Wagenschäfte ist gegen Deutschland gerichtet, das überall zurückweicht, da es sich von allen Seiten er bedrängt und zu frühe herankommend fühlt, als daß es den Kampf zur See aufnehmen könnte. König Eduard hat bei der großen Jagdpartie, deren Preis Wilhelm II. ist, die Führung übernommen; er erfasst seine ganze persönliche Geschicklichkeit, um keine Gelegenheit unbenutzt zu lassen. Im Notfall wird England Vorwände erfinden, um Mißverständnisse zu schaffen, die sich immer schwieriger beseitigen lassen. Der schlimmste Streich, den England denen in Berlin spielen konnte, war die Wiederaufrichtung der ewigen Abstrümpfungstrage; die vom englischen Unterhaus beschlossene und vom Minister des Auswärtigen gebilligte Motion Vivian hat nicht viel Ähnlichkeit mit dem ehrlichen (candide) Vorschlage Nikolaus' II., der damit übrigens nur furchtbares Unheil für sein Reich und für seine Krone geerntet hat. Im vorliegenden Falle unternimmt England, das in seinem Inselreiche so stark ist, daß sich auf seine Bündnisse und Freundschaftsverhältnisse stützt, das eine Flottenmacht sein eigen nennt, die kaum noch übertroffen werden kann — einen höchst gefährlichen Feldzug für den Frieden. Je eifriger es dabei zu Werke geht, je mehr es aus dieser seiner Initiative Nutzen zu ziehen sucht, desto mehr setzt es sich gewissen Ablehnungen aus, deren Konsequenzen sich nicht berechnen lassen. Es ist naiv, anzunehmen, daß eine solche Entwicklung der Dinge vor sich gehen kann, ohne daß es zu ernstlichen Verwicklungen kommt. Aber freilich liegt es im Interesse Englands, angesichts seiner augenblicklichen günstigen Lage und der Verlegenheit Deutschlands den Versuch zu machen, lechteres und vollständigen Ohnmacht zu bringen oder dergartig zu schwächen, daß England für die nächsten fünfzig Jahre von Hamburg und Kiel her nichts mehr zu befürchten hat.“ Die letzten Sätze des interessanten Artikels sind direkt an unsere Presse gerichtet: „Wie lange noch wird sich die deutsche Langmut dazu verhalten, Oberfeigen zu empfangen, ohne sie heimzuzahlen? Alles in allem liegt hierin das schwerste Problem der auswärtigen Politik unserer Zeit; aber es wäre doch eine recht naive Illusion, zu glauben, die Idee der Abrüstung werde den Gemütern mit der Absicht einer wirklich christlichen Veröhnung vorgespiegelt. Die Friedenskongresse sind stets das Vorpiel zu furchterlichen Kriegen

gemein, und Bismarck hat gesagt: „Die Abrüstung geht mit dem Kriege schwanger.“

England hat's eilig!“ — Besser, als es hier ein französisches Blatt getan, könnte selbst die nationale deutsche Presse die Doppelsinnigkeit der englischen Politik nicht geißeln, und das Gewicht dieser Tatsache wird noch dadurch erhöht, daß der „Clair“ alles andere, nur kein deutschfreundliches Organ ist. Gewiß nicht aus Liebe zu uns werden also diese französischen Warnungssignale laut, sondern einfach, weil doch noch nicht alle Franzosen Lust haben, für England die Kassen aus dem Feuer zu holen.

Neueste Drahtmeldungen vom 17. Mai. Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Novelle zum Stempelsteuergebiß (Brieftaxe) steht zur dritten Lesung. — Abg. A. v. (Reichsp.) Es ist ein eminentlicher Zufall, daß die dritte Beratung dieses Gesetzes mitten hinein in den Tag der Beratung der Post-Resolution zur Finanzreform. Eine solche Koinzidenz, wie diese Resolution in der Tat, ist bisher noch gar nicht dagewesen, und man sollte zu ihr nicht ohne die allerdingendste Not greifen. Und in einem Augenblicke, wo man dies tut, will man die Brieftaxe herabsetzen. Ein Teil der Vorlage ist mir ja sympathisch, nämlich die Versteigerung der unangefertigten Aktien. Aber die Versteigerung der Staats- und Reichsanleihen von dem Stempel schädigt die Reichsfinanzen, ohne die Unterbringung der Reichs- und Staatsanleihen im Publikum zu fördern. — Die Vorlage wird in der fünften zweiten Lesung definitiv genehmigt. — Dann wird die Beratung der Post-Resolution der Kommission zur Reichsfinanzreform fortgesetzt. (Versteigerung der Orts- und Nachbortarife für Postkarten, Drucksachen, Warenproben, Geschäftsbriefe; ferner anderweitige Festsetzung der Gebühren für außerordentliche Postleistungen.) Abg. v. (natl.) Bis jetzt betrage der Postzuschuß bei der Postverwaltung etwa 7 Prozent des Gesamtumsatzes. Das sei ja an sich nicht so wenig. Aber es sei doch auch in Erwägung zu ziehen, in welchem Umfange in letzter Zeit und fortwährend die Ansprüche des Postens an die Verwaltung in Bezug auf Verbesserung der Beamten-Gehälter usw. sich steigerten. Weiter die Eventualität erforderlich werdender neuer und großer technischer Aufwendungen infolge der immer neuen technischen Erfindungen. Wie die Verhältnisse der Post-Verhältnisse in Zukunft sich gestalten werden, sei daher sehr unklar. Und deshalb sei es auch Aufgabe des Reichstages, die Aufmerksamkeit der Verwaltung rechtzeitig auf die Punkte zu lenken, wo etwa Zeitungs- und Gegenleistungen miteinander nicht in richtigem Verhältnis ständen. Auch ein kaufmännischer Großbetrieb, bei dem der eine oder der andere einzelne Anteil sich vielleicht nicht rentiere oder gar Aufschübe erfordere, werde gewiß behrbeitet sein, auch den betreffenden einzelnen Anteil rentabel zu machen. Es handle sich hier nicht um eine allgemeine Verteuerung, sondern nur um eine lokale. Wenn überdies der Mittelstand in der Provinz bei seinem Geschäftsbetrieb sich der Posttarif-Veränderungen bedienen müsse, der Mittelstand in den Großstädten dagegen mit der Zweifelhafte auskomme, so sei doch jedenfalls doch ein Gegenobjekt, der den Mittelstand in der Provinz schädige. Die Ausnahmestufe seien eine ungebührliche Belastung der Postverwaltung. — Auch die Posttarif-Veränderungen der Posten könnten eine Mehrbelastung sehr wohl betragen. — Unterstaatssekretär Sydow widerpricht der geistigen Angabe des Grafen Kanitz, daß die Postverwaltung eigentlich überhaupt ohne Ueberflüssiges wirtschaftet, namentlich auch im Hinblick auf die unentgeltlichen Leistungen der Eisenbahnen für Postzwecke. Graf Kanitz verweise dabei die unentgeltliche Beförderung von Postfächern und Telegrammen für andere Behörden und auch die Ausgaben der Post für sozialpolitische Zwecke. Diese Leistungen und jene balancierten annähernd. Alles in allem rentiere sich das angelegte Kapital der Postverwaltung doch mit annähernd 10 Prozent. Etwas anderes freilich sei es, ob der Ortsverkehr mit Posten arbeite oder nicht. Es sei ja sehr schwer, einen Zweig herauszugreifen, besonders bei den Ausgaben. Aber er glaube allerdings, annehmen zu dürfen, daß der Ortsverkehr seine Kosten nicht trage. So weit gebe er freilich nicht, wie Graf Kanitz mit seiner Behauptung über die Stiefelsohlen des Briefträgers. (Weiter.) Anzuerkennen sei, daß bei einer Monopolverwaltung nicht immer jeder einzelne Zweig seine Kosten zu decken brauche. Es könne z. B. im Auslandsverkehr mit Rücksicht auf die Tarife anderer Länder der Tarif so herabgesetzt werden, daß er nicht rentiere. Es könne dasselbe ferner nötig werden, um eine Gegend zunächst einmal wirtschaftlich zu heben. Deshalb lege er auch auf die Frage, ob der Ortsverkehr seine Kosten nicht trage, nicht so viel Wert wie Graf Kanitz. Andererseits könne er auch den Herren Singer und Werten nicht darin beitreten, wenn sie von der wunderbaren Kraft der Tarifveränderungen redeten. Daß ein Verkehrsweite große Ueberflüssigkeit, so werde der Einnahme-Verlust aus Tarifveränderungen sich allerdings bald infolge Hebung des Verkehrs ausgleichen. Habe er nur geringen Ueberflüssigkeit, so könne man auf einen solchen Ausgleich lange warten. Herr Werten habe von 81 Millionen Einnahmen der Oberpostdirektion Berlin gesprochen. Hierin seien aber die Abrechnungen mit dem Auslande eingegriffen, ohne diese betrage die Einnahme 69 Millionen, wovon etwa 1/4 auf den Ortsverkehr entfalle. Auch darin sei den Herren nicht beizustimmen, daß jede Postveränderung ein Kulturfortschritt, und jede Erhöhung kulturell sei. Sei ein Tarif schon so niedrig, daß eine weitere Erhöhung zu einer Belastung anderer Teile führe, so empfehle sich die weitere Erhöhung jedenfalls nicht. Und eine Erhöhung könne gerechtfertigt sein, wenn man die Last anders verteilen, die Mittel gewinnen wolle, um durch Befreiung stärkerer Schultern schwächere zu entlasten. Was nun die Stellung der Postverwaltung zu den Anträgen der Kommission anlangt, sei es ja für die Verwaltung keine leichte Sache, einem Vorschlage zuzustimmen, der immerhin eine Belastung des Verkehrs bedeute. Die Postverwaltung dürfe aber nicht vergessen, daß sie eine

Früchte und Kinder-Milch (Trockenmilch) ...

Vertical text on the left margin, likely a price list or index.